

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Dieder,
sehr verehrte Damen und Herren im Ratssaal,

für das Haushaltsjahr 2015 wurde im Entwurf des Haushaltsplans ein Verlust in Höhe von 5.220.794,-- € prognostiziert. Die Jahresrechnung 2015 ergab erstmals seit Einführung des NKF's (Neue Kommunale Finanzmanagement) zum 1.1.2009 einen positiven Betrag in Höhe von 187.894,85 €.

Auch für das Haushaltsjahr 2016 wurde ein Verlust und zwar in Höhe von 7.016.392,-- € eingeplant. In der Jahresrechnung für dieses Jahr wurde erfreulicherweise dann wieder ein Gewinn und zwar in Höhe von 144.041,92 € ermittelt.

Im vorherigen Jahr wurde erneut ein Verlust in Höhe von 5.534.862,-- € veranschlagt. Die Jahresrechnung liegt noch nicht vor. Das Ergebnis dürfte aber wesentlich positiver aussehen.

Jetzt wird uns ein Haushaltsplan für das Jahr 2018 präsentiert, in dem von einem planerischen Minus von 6.282.159,-- € ausgegangen wird.

Bereits bei Zuleitung des Haushaltsplanes in der Ratssitzung vom 10.01.2018 haben Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister Dieder, dieses Zahlenwerk in Frage gestellt. Durch Gesetzesänderungen im Bereich der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe seien deutliche Verbesserungen zu erwarten, so dass das Defizit unter 5 Mio. Euro fallen würde.

Wenn die Gesetzesänderungen und die neuen Zahlen bisher nicht berücksichtigt wurden, fragt sich der SPD-Fraktion, warum die Haushaltssatzung nicht schon im Jahr 2017 verabschiedet worden ist, wie es in anderen Kommunen des Kreises Heinsberg regelmäßig geschieht.

„Nach § 80 Abs. 5 GO NRW soll die vom Rat beschlossene Haushaltssatzung spätestens einen Monat vor Beginn des Haushaltsjahres, also bis zum 30.11. des Jahres der Aufsichtsbehörde angezeigt werden.“ Dies ist ein konstanter Hinweis des örtlichen Leiters der Rechnungsprüfung, Herr Walter Kremers, da die Stadt Heinsberg sich nicht daran hält und die Satzung erst im neuen Jahr verabschiedet. Von Seiten der Verwaltung erläuterte man uns im Rechnungsprüfungsausschuss, dass dies u.a. deshalb geschehe, um konkrete Zahlen in die Planung einzubeziehen.

Aufgrund der konstant hohen Differenzen zwischen Planung und Jahresrechnung stellt sich meine Fraktion nunmehr die Frage, welche konkreten Zahlen eingebracht worden sind und welche Aussagekraft die jetzt vorliegende Haushaltsplanung für das Jahr 2018 hat.

Offensichtlich rechnet in der Verwaltung keiner mit dem ausgewiesenen Verlust, denn ansonsten ist es für die SPD-Fraktion nicht nachvollziehbar, dass man auf die in der bisherigen „mittelfristigen Finanzplanung“ angedachten Steuererhöhungen ab dem Jahr 2018 ohne Not verzichtet. Es geht dabei um rund 1,1 Mio. an Gewerbe- und Grundsteuern, die nicht eingefordert werden sollen, obwohl sie angekündigt waren.

In der Stellungnahme der IHK (Industrie und Handelskammer) vom 16. Febr. 2018 kommt die Stadt Heinsberg bei den Hebesätzen diesmal sehr gut weg und erhält „Fleißkärtchen“ für ihre Anpassungsfähigkeit.

Zur Erinnerung:

In einer Stellungnahme vom 24.03.2017 hatte die IHK Aachen zur Haushaltssatzung 2017 u. a. an die Verantwortlichen appelliert, im Interesse der Standortattraktivität von der geplanten Anhebung des Gewerbesteuerhebesatzes abzusehen.

Die SPD-Fraktion stellt insoweit nochmals klar, dass die bisherigen Steuererhöhungen aus Konsolidierungsgründen zwingend erforderlich sind und durch die Aufsichtsbehörden und die Gemeindeprüfungsanstalt NRW gefordert werden. Der Vergleich der Einnahmen 2017 und 2018 zeigt, dass die „Steuern und ähnliche Abgaben“ um 5,1 Mio. Euro gestiegen sind.

Wie wir alle wissen, wird der neue Feuerwehrbedarfsplan für die kommenden Jahre gegen Ende 2018 vorgestellt. Man muss kein Prophet sein, um bereits zu erahnen, dass dies weitere erhebliche Investitionen in Material, Gebäude und Fahrzeuge beinhalten wird. Sollten Sie, meine Damen und Herren der CDU-Fraktion, tatsächlich von diesem immensen Fehlbetrag für das Jahr 2018 ausgehen, ist es aus Sicht der SPD-Fraktion äußerst fahrlässig, auf die bereits geplanten Steuererhöhungen für 2018 zu verzichten. Wir haben doch kein Wahljahr.

Gestatten Sie mir eine Anmerkung.

Seit dem 16. Januar 2018 tickt die Uhr zur Reform der Grundsteuer. Grund- und Gewerbesteuer stellen den größten Teil der kommunalen Steuereinnahmen dar. Ein Wegfall würde das gesamte bundesstaatliche Finanzierungssystem ins Wanken bringen. Wir hoffen, dass der Gesetzgeber hier eine gute Lösung findet.

Bei Betrachtung der Ausgabenseite des Haushalts 2018, die insgesamt um 8,7 Mio. Euro steigt, fallen erneut die „Personalaufwendungen“ mit einer Steigerung von 700.000,-- Euro ins Auge. Nach dem Stellenplan und der meiner Fraktion dazu erläuterten Angaben soll immer noch ein „technischer Beigeordneter“ eingestellt werden.

Warum diese Stelle weiterhin besetzt werden soll, ist der SPD-Fraktion schleierhaft. Laut CDU sollte und musste schnellstmöglich ein „Technischer Beigeordneter“ eingestellt werden. Als Begründung wurde insbesondere die Gründung und Organisation des städtischen Regiebetriebs angegeben.

Noch vor kurzem erläuterte der Bürgermeister auf Anfrage der SPD-Fraktion in diesem Sitzungssaal, dass der neue städtische Regiebetrieb hervorragend laufen würde. Projekte, wie in Porselen laufen auf Hochtouren und neue Projekte sind bereits in Planung. Warum also dann noch einen „Technischen Beigeordneten“?

Und wenn man sieht, dass die Verwaltung nach einem CDU-Antrag innerhalb von 3 Wochen, trotz Weihnachten und Silvester, einen komplett neuen Kindergarten in Kempen planen kann, dann macht das erst recht deutlich, dass man keinen „Technischen Beigeordneten“ nötig hat. Das Geld können wir uns sparen. Die Einstellung der SPD-Fraktion zu diesem Thema hat sich gegenüber dem Vorjahr nicht geändert.

Bezüglich der Stellenplanung ist für die SPD-Fraktion einiges unverständlich. Laut Stellen- und Haushaltsplan für 2018 sind mehr als 40 Stellen nicht besetzt? Eine Haushaltsplanung mit mehr als 40 nicht besetzten Stellen ist jedenfalls alles andere als verständlich. Selbst wenn es laut Verwaltung sich nur um so genannte „Platzhalter“ handelt. Immerhin wären dann rund 10 % der Stellen nicht besetzt.

Außerdem konstatieren wir, dass an „Resturlaubstagen“ zum 31.12.2017 der Bestand zirka 15 Arbeitsstellen entspricht; unserer Auffassung nach ein zu hoher Bestand.

Hinzu kommen noch „Überstunden“, die ebenfalls zirka 14 Ganztagsstellen entsprechen.

Nach Auffassung der SPD-Fraktion sind die Bestände an „Resturlaub“ (31.12.2017 = 2.970 Tage) und an „Überstunden“ (31.12.2017 = 22.085 Std.) zu hoch.

Bei den Personalaufwendungen und bei der Personalplanung scheint uns das Erstellen eines transparenten Personalentwicklungskonzeptes sinnvoll zu sein. Bei derart vielen Überstunden würde man sich im Handwerk und Industrie fragen, inwieweit man den gesetzlichen Arbeitsschutz einhält, der besagt, dass ein Arbeitnehmer in einem halben Jahr durchschnittlich nur 8 Stunden pro Tag arbeiten darf (ArbZG).

Bei der Kreisumlage konnten wir feststellen, dass der Kreis im Kalenderjahr 2016 ebenfalls einen Gewinn erzielt hat, so dass letztendlich die Ausgleichsrücklage nicht in Anspruch genommen wurde. Sie steigt zum Jahresende 2016 sogar auf 15,9 Mio. Euro an.

Nach einem Zeitungsartikel soll sie in 2017 nochmals anwachsen. Auch das Geld, das nach der vom Landschaftsverband Rheinland (LVR) angekündigten Umlagesenkung zum Jahresende zu erwarten ist, soll in die Ausgleichsrücklage fließen. Man spricht von 1,7 – 2,6 Mio. Euro.

Die gute finanzielle Ausgangssituation gibt dem Kreis die Möglichkeit die Kreisumlage konstant zu halten.

Ein weiterer sehr großer Ausgabenposten sind die „Aufwendungen für die Sach- und Dienstleistungen“, die mit insgesamt rund 22 Mio. ausgewiesen werden. Gegenüber dem Haushaltsjahr 2017 eine Steigerung von 6,4 Mio. Euro.

Für die SPD-Fraktion hat das Thema „städtischer Regiebetrieb“ eine herausragende Bedeutung.

In der Ratssitzung vom 03.02.2016 wurde von allen Parteien einstimmig beschlossen, die Grundstücksangelegenheiten in Form eines stadteigenen Regiebetriebs im städtischen Kernhaushalt wahrzunehmen. Hintergrund dieser Maßnahme war die Tatsache, dass die Stadt bislang nicht an der Wertschöpfung bei Grundstücksverkäufen partizipiert hatte. Die SPD-Fraktion hat insoweit schon jahrelang darauf hingewiesen und hierzu eine Korrektur gefordert.

Die Organisation des Regiebetriebes wurde dem Rat vorgestellt. Die Arbeit des Regiebetriebes läuft anscheinend problemlos. Dennoch würde sich die SPD-Fraktion eine bessere Einbindung der politischen Gremien wünschen. Vor Beginn von Projekten sollte aus Sicht der SPD-Fraktion der Planung-, Umwelt- und Verkehrsausschuss informiert werden. Dort sollten Zahlen und Daten bezüglich solcher Projekte vorgelegt werden. In diesem Ausschuss kann sich dann die Politik einbringen und darüber beraten, positiv wie negativ. Dies sollte nicht nur im Vorfeld eines Projektes passieren, sondern auch in der Nachbetrachtung. Wichtige Erkenntnisse über den wirtschaftlichen Erfolg oder sonstige Erkenntnisse können aus diesen Projekten gezogen werden.

Der Haushaltsplan 2018 beinhaltet auch Ausgaben für den Zuschuss zu einem Kunstrasenplatz im Ortsteil Waldenrath in Höhe von 150.000,-- €. Dieser Zuschuss basiert auf einen Beschluss des Sportausschusses vom 10.12.2014 und eines anschließenden Beschlusses des Stadtrates vom 14. Januar 2015.

Des Weiteren beinhaltet der Haushaltsplan 2018 aber auch Aufwendungen für den Bau eines Kunstrasenplatzes in Heinsberg an der Realschule im Klevchen. Die Kosten hierfür betragen insgesamt 800.000,-- €.

Welcher Stadtverordnete kann sich nicht an die Geschehnisse in der Ratssitzung vom 5. Juli 2017 erinnern. Sie, meine Damen und Herren der CDU-Fraktion, haben folgenden Antrag gestellt:

„Die Stadt Heinsberg wird beauftragt, in 2018 einen Kunstrasenplatz an der Städt. Realschule Heinsberg (Im Klevchen) zu errichten. Gleichzeitig wird um Prüfung gebeten, ob Fördermöglichkeiten gegeben sind.“

Ohne detaillierter Kostenschätzung, Machbarkeitsstudie, Bedarfsabfrage und vieles mehr bei einem geplanten Haushaltsdefizit von mehr als 6 Millionen Euro wurde dieser Antrag im „Schweinsgalopp“ gegen die Stimmen von FDP, Bündnis90/Die Grünen, Freien Wähler und SPD beschlossen. Diese Handlungsweise ist mit gesundem Menschenverstand schon lange nicht mehr erklärbar.

Unsere Schulen haben andere Probleme, als ein fehlender Kunstrasenplatz. Dieses Projekt unter dem Deckmantel der „Förderung des Schulsportes“ zu verkaufen, bedarf schon sehr viel Fantasie, mit der Sie, liebe CDU-

Vertreter/innen alleine da stehen. Die örtlichen Schulen jedenfalls würden sich viel mehr darüber freuen, wenn jahrelang verschuldete Sanierungen von WC-Anlagen und Schulräumen in Angriff genommen werden. Ein Kunstrasenplatz der am Ende nur wenigen Sportlern zu Gute kommt, steht für die SPD-Fraktion nicht an höchster Priorität.

Tatsache ist jedenfalls, dass die CDU-Fraktion mit Ihrer absoluten Mehrheit diesen Beschluss allein durchgedrückt hat. Aber anscheinend war dies selbst der CDU peinlich und sollte deshalb ohne viel Aufhebens erledigt werden. Herr Brudermanns stellte einfach einen Antrag auf „Schluss der Aussprache“. Ihnen sind wohl die Argumente ausgegangen. Einwendungen der Oppositionsparteien bei der Aufsichtsbehörde bzw. beim Landrat hatten bislang noch keinen Erfolg. Dies kann die SPD-Fraktion nicht verstehen, da gerade der Landrat bei der Genehmigung des Haushaltsplanes 2017 im Bescheid vom 11.4.2017 u.a. weitere Konsolidierungsmaßnahmen bei der Stadt Heinsberg fordert. Der Neubau eines Kunstrasenplatzes in städtischer Regie gehört mit Sicherheit nicht dazu. Die von Ihnen, meine Damen und Herren der CDU-Fraktion, seit Jahren praktizierte Kirchturmpolitik wird hier mit Bravour fortgesetzt.

Das von Seiten der CDU-Fraktion hier praktizierte Verfahren ist unseres Erachtens ein klassisches Beispiel dafür, wie Allmacht missbraucht werden kann und weshalb eine absolute Mehrheit in einem Parlament ein Todesurteil für die Demokratie ist.

Kommen wir zur Agenda 2025.

Wir, die SPD-Fraktion, haben bei der damaligen Agenda 2025 zugestimmt. Wir haben aber auch angekündigt, die Umsetzung der Agenda 2025 mit Argusaugen zu beobachten.

Im Haushaltsentwurf 2018 vermissen wir, dass der Kindergarten Horst in die ehemalige Grundschule Porselen umzieht. Die Umbaukosten der Grundschule Porselen werden mit insgesamt 745.600,-- € erst in den Haushaltsjahren 2019 und 2020 veranschlagt.

Das Gebäude des Kindergartens Horst ist seit Jahren in einem miserablen Zustand. Die Schließung der Schule in Porselen wurde vor allem damit begründet, dass man die ehemalige Schule zu einem Kindergarten umfunktionieren will, damit die Kindergartenkinder im Bereich Porselen und Horst endlich ein adäquates Objekt erhalten. Leider scheint man sich von diesem

Plan verabschiedet zu haben, ansonsten ist eine weitere Verzögerung der Umsetzung des Planes in diesem Jahr nicht zu verstehen.

Oder ist dieser angebliche Plan schon wieder Schnee von gestern?

Ein konkreter Schulentwicklungsplan, in dem die aktuellen Probleme, insbesondere auch der Zustand der Schulobjekte, sachlich zutreffend dargestellt worden ist, liegt nicht vor. Das zwischenzeitlich verabschiedete „Leitbild Schule“ zeigt bis jetzt nur pauschale Anforderungsprofile auf.

Der Punkt 1 aus der Agenda 2025 „Einsparungen im Bereich der Verwaltung“ ist aus unserer Sicht auch noch nicht komplett umgesetzt. Auf die Herausgabe eines stadteigenen Bekanntmachungsorgans wartet man immer noch vergebens und der Verkauf unwesentlicher Beteiligungen ist scheinbar auch nicht mehr von Interesse.

Beim Punkt 4 der Agenda 2025 „Optimierung der städtischen Immobilien“ scheint man das Ziel aus den Augen verloren zu haben.

So wartet man vergeblich auf die Verwertung des Grundstücks in Horst, da der Kindergarten noch nicht umgezogen ist.

Eine Verwertung der Schule Unterbruch scheint bezüglich noch laufender Gerichtsverfahren auch nicht möglich. Zudem ist fraglich, ob das Gebäude nicht wieder als Schule genutzt werden muss. Die angedachte Vermietung an den Kreis Heinsberg zur Unterbringung der Janusz-Korczak-Schule hat sich zerschlagen, weil die Stadt Heinsberg angeblich selbst Bedarf hat. Es gibt ja noch andere marode Schulgebäude im Grundschulbereich.

Namentlich sei hier die Grundschule in Grebben erwähnt. Dort jagt ein Gutachten das andere. Ein praktisch umsetzbares Gutachten gibt es bislang noch nicht, zumal an dem Ergebnis u. U. auch weitere Entscheidungen geknüpft sind.

Wenn dies eine Optimierung der städtischen Immobilien darstellen soll, dann haben wir als SPD-Fraktion ein ganz anderes Verständnis dazu.

Wo wir gerade bei „Weitsicht“ sind, erlaube ich mir, erneut auf meine Haushaltsrede aus dem Vorjahr zu verweisen. Dort hat die SPD-Fraktion dem damals neuen Geschäftsführer der Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Kreises Heinsberg, Herrn Uli Schirowski, beigepflichtet, der eine weit vorausschauende Gewerbeflächenentwicklung angemahnt hat.

Diese Forderung hat die SPD-Fraktion bereits im Vorjahr voll und ganz unterstützt. Im diesjährigen Haushaltsplan haben wir dazu keinen konkreten

Anhaltspunkt gefunden. Hier werden nur pauschal 998.000,-- € für den Erwerb von „Gebäuden und Grundstücken“ veranschlagt.

Der „Lago Laprello“ ist ein äußerst wichtiger Naherholungsfaktor für die Menschen unserer Region. Die Herrichtung und Attraktivitätssteigerung der ehemaligen Kiesgrube hat der Kommune und dem Land viel Geld gekostet.

Auch aus diesem Grund ist eine Satzung über die Nutzung des Naherholungsgebietes „Lago Laprello“ am 22. Juli 2011 erstellt worden. Aus der Bevölkerung wird immer häufiger über Verstöße gegen diese Satzung geklagt.

Das Verhalten einiger Besucher dieses Naherholungsgebietes lässt erheblich zu wünschen übrig. Bei schönem Sommerwetter muss die Stadt sogar für Ordnung sorgen. Dieser Ordnungsdienst kostet der Stadt Heinsberg einen nicht unerheblichen Betrag.

Hier würden wir uns wünschen, dass bei Zuwiderhandlungen gegen diese Satzung Ordnungsgelder und Verwarnungen ausgesprochen und auch verstärkt verfolgt werden.

In diesem Zusammenhang fällt mir wieder ein Antrag der SPD-Fraktion aus dem Jahre 2005 ein, in dem wir damals die Verwaltung gebeten haben, zu prüfen, ob die Beschäftigung von so genannten „Müll- bzw. Umwelt-Sheriffs“ sinnvoll wäre. Die CDU-Fraktion hatte damals einen Gegenvorschlag und erhöhte die Gelder für die öffentliche Ordnung. Vielleicht überdenkt man unsere Idee von damals noch einmal!

Zur Naherholung gehört natürlich auch das Freibad Kirchhoven. In der Bevölkerung kommt der Betrieb des Freibades gut an. Wir hoffen, dass nach der Erprobungsphase eine zukunftsfähige Lösung für alle Beteiligten gefunden wird. Im Hinterkopf sollte immer im Gedächtnis bleiben, dass die finanziellen Zwänge uns zur Schließung des Freibades Oberbruch geführt haben. Auch die Freibadlösung Kirchhoven sollte erhebliche finanzielle Einsparungen bringen.

Beim Stichwort Freibad kommt man auch nicht um die Frage herum, was mit dem Grundstück des ehemaligen Freibades in Oberbruch passieren soll.

Hierzu erwartet die SPD-Fraktion eine frühzeitige Beteiligung aller Fraktionen bei der Meinungsfindung.

Beim Thema „Schuleingangsklassen“ im Bereich der Grundschulen sollte man über mögliche neue Abläufe sprechen. Hierzu könnte man ggf. einen Arbeitskreis ins Leben rufen. Dieses jährliche Hauen und Stechen, welche

Schule wie viele Eingangsklassen bekommt und die damit verbundenen Ablehnungen von Schüler/innen kann unserer Auffassung nach besser gelöst werden. Diese Zeit von nun an bis zur nächsten Anmeldeperiode könnte dazu genutzt werden.

Im vorherigen Jahr hat die SPD-Fraktion dem Haushaltsentwurf zugestimmt, da er in großen Teilen auch die Handschrift der SPD-Fraktion getragen hat. Dies ist in dem diesjährigen Entwurf des Haushaltsplanes nur sehr eingeschränkt der Fall.

- Obwohl der Kämmerer mit einem Millionen-Verlust rechnet, werden Investitionen beschlossen, die nicht notwendig sind und nicht der Allgemeinheit dienen.
- Obwohl die Stadt Heinsberg zu Konsolidierungsmaßnahmen angehalten wird, werden keine Maßnahmen getroffen, die die Einnahmen erhöhen.
- In der Agenda 2025 aufgeführte Einsparungsmaßnahmen werden nicht weiterverfolgt.
- Optimierungsmöglichkeiten beim Gebäudemanagement werden nicht konsequent durchgezogen,
- usw., usw.

Unter Berücksichtigung dieser Gegebenheiten kommt die SPD-Fraktion zu dem Ergebnis, dem vorliegenden Haushaltsentwurf **nicht** zuzustimmen.

Sehr geehrter Herr Gerards,

als Kämmerer der Stadt Heinsberg haben Sie mit Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern erneut einen Haushaltsentwurf vorgelegt, der handwerklich – soweit das meine Fraktion beurteilen kann – von guter Qualität ist. Dafür, und auch für Ihre Bereitschaft, alle unsere Fragen im Zuge der Beratungen prompt und offen zu beantworten, sage ich im Namen der SPD-Fraktion herzlichen Dank. Für den Inhalt sind Sie nicht verantwortlich. Die politisch gewählten Vertreter entscheiden, was Sie umsetzen müssen.

Wir bitten Sie, den Dank der SPD-Fraktion an Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern weiterzugeben.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Ralf Herberg
Fraktionsvorsitzender

Heinsberg, 28. Febr. 2018